



## Verleumdung der DDR in einem Artikel einer Suhler Zeitung

Zu den in dem Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE *Suhler Andere Zeitung* Ausgabe April 2023 erschienenen Artikel von Jonas Kühnert »Tag der Befreiung am achten Mai« melden wir ernsthafte Bedenken an. Es ist eine ungeheuerliche Behauptung die Volkskammer der DDR und vor allem das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hätte seine Beschäftigten aus ehemaligen SS- und Gestapo-Mitgliedern rekrutiert.

Dies ist eine Verunglimpfung hunderttausender ehemaliger DDR-Bürger, die ihre ganze Kraft und politische Überzeugung für den Aufbau und der Sicherung des ersten Friedensstaates auf deutschen Boden eingesetzt haben.

### Welche Zweck haben diese bewusst gesetzten dreisten Unterstellungen?

Ohne Nachweis, ohne auch nur einen extremen Einzelfall zu benennen, werden solche Unterstellungen den Lesern vermittelt. Diese dreisten Lügen bleiben bei widerspruchlos hinnehmenden Lesern hängen. Mit diesem vielerorts Zusammen-In-Einen-Topf-Werfen wird aus den Lügen zugleich eine Diffamierung der betreffenden Persönlichkeiten und Institutionen.



**Tag der Befreiung/Tarifverhandlungen** 3

### Tag der Befreiung am achten Mai

Am achten Mai 1945 kapituliert die deutsche Wehrmacht bedingungslos vor den alliierten Streitkräften. Das Deutsche Reich wurde dadurch handlungsunfähig und die Herrschaft der Nationalsozialisten beendet.

Der Jahrestag dieses Ereignisses wird heute als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus gefeiert. In dem zu der Zeit von Deutschland besetzten Gebieten mag das tatsächlich zutreffen, aber etwas in mir sträubt sich dagegen, von einer Befreiung der Deutschen von den Nazis zu sprechen.

Selbst nach dem Ende der Diktatur haben viele der faschistischen ehemaligen Funktionsträger nichts von ihrer Macht eingebüßt. In den Parlamenten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs nahmen bereits lange vor 2014 Mitglieder von faschistischen Parteien Platz und sowohl die Ministerium für Staatssicherheit der stramm antisozialistischen DDR, als auch der Bundesverfassungsgericht sind das Bundesamt für Verfassungsschutz der BRD rekrutierten ihre Mitglieder aus den Reihen der SS und Gestapo, wo die Nachwirkungen ihrer antidemokratischen Gesinnung bis heute dafür sorgen, dass viele Aktivist\*innen Repressionen erfahren, während eine von ihnen beobachtete neonazistische Terrororganisation ungestört Anschläge verüben konnte.

Ebenso waren die Nazis keine Besatzungsmacht in Deutschland, die gegen den Willen des Volkes agiert hat. Viele Deutsche sprachen sich heute noch vor, dass ihre Vorfahren dem Regime Widerstand geleistet hätten. Dass sie politisch Verfolgten bei sich Unterschlupf gegeben, oder durch subversive Aktionen Hitlers Machtapparate direkt geschwächt hätten. Doch so trübsalig, wie der Gedanke auch ist, unsere geliebten Eltern und Großeltern hätten nicht ihren Augen verschließen und weiter in ihrem Alltag nachsehen. Entweder aus Angst, selbst dem System zum Opfer zu fallen, oder weil ihnen das Unrecht, die Anwesenheit, einfach gleichgültig ist, solange sie selbst unbehelligt leben können. Lasst uns den achten Mai also als Inspiration nehmen, im Angesicht des Unrechts nicht genauso gefügig zu werden und den Kampf um die Befreiung der Menschheit vom Faschismus zu Ende zu führen. Damit unsere Enkelkinder später zu Recht sagen können: »Meine Oma und mein Opa waren damals im Widerstand.«

– Jonas Kühnert –

[Zum Vergrößern auf das Bild klicken](#)

Lügen, Unterstellungen, Ausgrenzung und Spaltung sollten nicht das Markenzeichen der Partei DIE LINKE sein. Besonders bedenklich ist für uns als Mitglieder von ISOR e.V. die Veröffentlichung in einem Info-?Blatt der Partei DIE LINKE.

Erinnern wir uns doch noch gerne an die Zeit, als wir noch die Solidarität und Unterstützung unseres Kampfes gegen die rechtsstaatlich verordnete Straffrente durch die PDS und DIE LINKE erfuhren.

Wir waren bereit, die uns zuteil gewordene Solidarität in der schwierigen Situation der Neufindung der Partei zurückzugeben. Eine solche haltlose und durch nichts zu beweisende Unterstellung macht eine Unterstützung unmöglich.

Was soll der Artikel bezwecken? Im Grunde genommen geht es um die Delegitimierung und Diffamierung der DDR. Natürlich ist der Zweck auch den Faschismus in Deutschland hoffähig zu machen. Er zeigt inzwischen sein Haupt auch in Deutschland offen – und dass im kompletten parlamentarischen Parteienspektrum durch das Handeln von gewählten Parlamentariern der verschiedenen Parteien. Das Verunglimpfen der Errungenschaften der DDR, das Forcieren der deutschen Rüstung für Rüstungsprofite und imperiale Kriegsziele, all das gehört für mich dazu.

Im Ministerium für Staatssicherheit gab es seit Gründung 1950 bis zum Schließen 1990 keine SS- oder Gestapo-?Angehörigen. Das ergibt sich allein aus den strengen Einstellungsvoraussetzungen und deren strikten Umsetzung. Im Gegensatz zu den Geheimdiensten der BRD, die nachweislich von ehemaligen Gestapo und SS-?Leuten geführt wurden gab es im MfS eine Abteilung, deren Aufgabe es war, Nazi- und Kriegsverbrechen zu verfolgen und die Angehörige der SS und Gestapo, egal wie sie sich getarnt hatten, zu entlarven, ihre konkret ausgeübten Verbrechen aufzudecken und sie mit ordentlichen gerichtlichen Prozessen ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Hoffen wir, dass für den Fortbestand der Partei DIE LINKE nicht viele ehemalige DDR- oder geschichtsbewusste Bürger diesen Artikel lesen. Treten wir geeint gegen die Geschichtsvergessenheit und vor allem gegen die erneute große Gefährdung des Weltfriedens ein, damit wir unseren Enkeln überhaupt noch irgendetwas sagen können.

Zuerst erschienen beim [Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V.](#)

*Bild: Emblem des Ministeriums für Staatssicherheit*

